

1437/J XXI.GP
Eingelangt am:30.10.2000

Anfrage

der Abgeordneten DDr. Niederwieser, Reheis und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend Politik gegen den ländlichen Raum durch Schließung von Postämtern

Seit einigen Monaten wird immer wieder seitens des Postmanagements die Schließung von Postämtern in Landregionen angekündigt. Dies führt zu einer erheblichen Verunsicherung sowohl der Bediensteten als auch der von Schließungen betroffenen Bevölkerung.

Zuletzt war im Tiroler Magazin Echo vom Oktober 2000 in einem Artikel unter dem Titel „Auf der Abschlußliste“ zu lesen, dass bis 2004 in Tirol die Postämter Baumkirchen, Feichten, Flirsch, Häselgehr, Huben, Lans, Mötz, Nikolsdorf, Patsch, Reith b. Seefeld, Sellrain, St. Jodok a. Brenner, St. Veit i. Deferegg, Tenfens und Trins geschlossen werden sollen.

Von der Schließung bedroht sind nach diesem Artikel die Postämter in Außervillgraten, Dölsach, Finkenberg, Grins Hintertux, Hopfgarten i. Deferegg, Obsteg, Prägraten Reith i. Alpbachtal, Rietz, Sautens, Schönberg i. Stubaital, Steeg, Strass, Tösens, Weerberg und Wildschönau - Auffach.

Das Postgesetz und das Poststrukturgesetz weisen dem zuständigen Bundesminister nach wie vor eine wichtige Verantwortung für ein funktionierendes Angebot zu. Das Postgesetz sieht u.a. vor:

„Im Rahmen des Universal-dienstes ist vom Betreiber zu gewährleisten, daß den Kunden ständig Postdienstleistungen flächendeckend zu allgemein erschwinglichen Preisen und in einer solchen Qualität angeboten werden, daß den Bedürfnissen der Kunden durch eine entsprechende Dichte an Abhol - und Zugangspunkten sowie durch die Abhol - und Zustellfrequenz entsprochen wird. Soweit vergleichbare Voraussetzungen gegeben sind, sind gleiche Leistungen für die Kunden zu gewährleisten. Bei der Erbringung des Universal-dienstes ist auf technische Entwicklungen sowie auf gesamtwirtschaftliche, regionale und soziale Aspekte sowie auf die Nachfrage der Kunden Rücksicht zu nehmen.“

Der Bundesminister kann nach § 4 Abs. 2 Postgesetz durch Verordnung dieses Angebot näher bestimmen und er hat nach dem Poststrukturgesetz auch die Möglichkeit und die Verpflichtung, gemeinwirtschaftliche Leistungen der Post abzugelten.

Wenn in der aktuellen Situation, in der allein in Tirol ganze Regionen von einer drastischen Verschlechterung der Versorgung bedroht sind, von den gesetzlichen Möglichkeiten nicht Gebrauch gemacht wird dann muss daraus geschlossen werden, dass auch die Bundesregierung diese Schließungen will.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie folgende

Anfrage

1. Sind Ihnen die geplanten Postämter - Schließungspläne bekannt?
2. Wenn ja, enthalten die Ihnen bekannten Pläne die im einleitenden Text genannten Postämter oder haben Sie andere Informationen darüber bis wann welche Postämter konkret geschlossen werden sollen und diesfalls: welche Postämter sind es im Bundesland Tirol?
3. Wenn Sie über keine Informationen in dieser Sache verfügen, werden Sie solche einholen, um Ihrer Verpflichtung aus dem Postgesetz nachkommen zu können?
4. Wie beurteilen Sie die Schließungspläne unter dem Gesichtspunkt der regionalen Versorgung ländliche Gebiete?
5. Wie beurteilen Sie die Schließungspläne unter dem Gesichtspunkt, daß gerade ältere Menschen und ärmere Familien nicht über die Mobilität verfügen, um eine Verschlechterung des bisherigen Angebotes ausgleichen zu können?
6. Wie beurteilen Sie die Schließungspläne unter dem Gesichtspunkt, daß den örtlichen Postämtern gerade in kleineren Dörfern auch eine regionalwirtschaftliche und kulturelle Bedeutung zukommt?
7. Wie Beurteilen Sie die Schließungspläne unter dem Aspekt, daß darunter eine Reihe von bedeutenden Tourismusorten zu finden sind?
8. Wird der neue Eigentümer der Postsparkasse diese Reduzierung seines Filialnetzes“ akzeptieren?
9. Werden Sie Ihre politische Verantwortung wahrnehmen und im Falle der Schließung Ihre Verordnungsermächtigung nützen, um die flächendeckenden Postdienstleistungen zu gewährleisten?
10. Wenn Nein, werden Sie die Verantwortung für diese eklatante Verschlechterung des Angebotes übernehmen oder das Management der Post dafür verantwortlich machen?